

Haushaltsrede 2020

(Es gilt das gesprochene Wort)

Eine Haushaltsdebatte ist nicht nur eine Debatte über Zahlen, sondern auch über die Lage einer Kommune. Mir scheinen im Moment die Zahlen besser zu sein. Es spiegelt sich in diesem Haushalt an den Zahlen nur unzureichend wieder, dass jetzt entscheidende Weichenstellungen anstehen. Weichenstellungen, die zum Teil unumkehrbar sein werden. Darum lohnt es nicht nur, sondern ist unverzichtbar, die Bürgerinnen und Bürger teilhaben zu lassen und einzubeziehen. Teilhaben lassen an dem wirtschaftlichen Erfolg und Einbeziehen in die weichenstellenden Entscheidungen über ihre Zukunft.

Es war erwartbar, aber dadurch nicht nachvollziehbarer, dass die Mehrheit im Rat einer spürbaren Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei der Grundsteuer nicht zustimmt. Eine falsche Entscheidung. Viele haben wohl vergessen, dass es die Menschen sind, die das Fundament unsere Gemeinde bilden. Es sind die Menschen, die unter dem stetigen Wachstum der Gemeinde leiden mussten. Mit ihrer Hilfe, aber auch auf ihrem Rücken ist der finanzielle Erfolg der Kommune geschaffen worden. Jetzt sind wir in der Lage, ihnen, die in schwierigen Zeiten mit ihren Abgaben und Steuern die Kommune unterstützt haben, etwas zurück zu geben. Jetzt, wo es uns besser geht, haben wir die Möglichkeit, etwas zurück zu zahlen. Im wahrsten Sinne des Wortes. Das wäre nicht nur richtig, sondern auch gerecht gewesen.

Denn wir können es uns leisten. Wir haben einen so guten Haushalt, wie wir ihn noch nie hatten. Und auch die Perspektiven für die kommenden Jahre sind, bei allen Risiken, sicher nicht schlecht und bieten Chancen. Wir haben beste finanzielle Voraussetzungen gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und die Grafschaft „fit zu machen“ für die Zukunft. Wir können eine gedeihliche Zukunft für alle Einwohner der Grafschaft schaffen, in jedem Ortsbezirk, in jedem Alter, in jeder sozialen Lage. Aber dabei müssen wir alle mitnehmen, wir müssen versuchen, alle Interessen und Bedürfnisse zu berücksichtigen und in unsere Entscheidungen mit einzubringen.

Schauen wir uns kurz unsere finanzielle Situation an. Wir sind reich, das ist amtlich. Bei einer Steuerkraft von 148 Prozent des Landesdurchschnitts und eines seit 2009 um 4 Millionen € gestiegenen Eigenkapitals von nunmehr 40,9 Mill. €. Unser Bilanzvermögen ist seit der Eröffnungsbilanz im Jahr 2009 um 23,7 Mill. € auf jetzt 118 Mill. € gewachsen. Wir haben 8,5 Millionen € Liquiditätsschulden in anderthalb Jahren getilgt. Eine stolze Leistung. In diesem Haushalt verbuchen wir mit 11,6 Mill. € das höchste Nettosteueraufkommen aller Zeiten. Seit 2017 konnten wir die Gewerbesteueransätze verdreifachen. Sie liegen jetzt bei 15 Mill. €, auf noch höherem Niveau in den kommenden Jahren. Es ist zwar erstaunlich, dass man mit erwarteten 27,4 Millionen Euro Schulden Ende des Jahres als reich bezeichnet wird. Aber immerhin ist dies weniger als vor Jahren prognostiziert. Weitere vorzeitige Tilgungen sind durch das Ende von Zinsbindungen möglich, dies sollten wir nutzen.

Aber es sollte uns auch klar sein, was es heißt, im kommunalen Finanzausgleich als reich eingestuft zu werden. Damit wir den Boden der finanziellen Realität nicht verlassen und uns hier im Rat nicht anhören müssen, dass man alles machen kann ohne etwas anderes sein lassen zu müssen. Dass man teils schwindelerregende Visionen skizziert und die Hoffnung erweckt, diese ließen sich in einem überschaubaren Zeitraum realisieren, obwohl eine verantwortliche Finanzierung aus unserer Sicht im Moment nicht darstellbar ist.

Reich sein heißt, dass wir wieder keine Schlüsselzuweisungen B2 (2018; 640 T €) mehr erhalten werden, keine Investitionsschlüsselzuweisungen (2018: 38 T €). Das bedeutet, dass wir bei der Finanzausgleichsumlage mit gut 1 Million € kräftig zur Kasse gebeten werden. Roundabout 1,7 Millionen Euro, die uns fehlen. Auch der Kreis greift der reichen Grafschaft kräftig in die Tasche. Mit gut 10 Millionen € fast 5 Millionen mehr Kreisumlage als noch vor drei Jahren. Und dies macht er bei hervorragenden Jahresabschlüssen, die eine Senkung der Kreisumlage nicht nur ermöglicht, sondern sogar geboten hätte. Enttäuschend, dass die Mehrheit des Rates sich unserer Resolution zur Senkung der Kreisumlage verweigert hat. Hier muss man sich fragen, wessen Diener wir sind: Diener der Bürgerinnen und Bürger der Grafschaft oder dumpfe Gefolgsleute unserer Parteien. Die Grafschafter-SPD war im Übrigen gegen den Vorschlag einer progressiven Kreisumlage, die die Grafschaft viel Geld gekostet hätte. Auch wenn der Antrag von der Kreis-SPD kam.

Wir leben von der Gewerbesteuer. Die fließt im Moment reichlich, ist aber schnell schwankend, wenn betriebswirtschaftliche Schwierigkeiten durchschlagen und/oder sich die volkswirtschaftlichen Eintrübungen verdichten sollten. Hier sich auf eine quasi Automatik der stetigen Steigerung zu verlassen, wäre fahrlässig. Der Volatilität dieser Einnahme sollten wir uns immer bewusst sein.

Hinzu kommt, dass wir wohl keine Förderungen mehr für Investitionsmaßnahmen erhalten werden. Das heißt Verzicht auf Millionenzuschüsse, die wir mittelfristig eigentlich schon im Sack glaubten. Bei den Hochwasserschutzmaßnahmen mit einem geschätzten Volumen von 50 Millionen Euro wäre dies fatal. Nicht nur hier benötigen wir die starke Unterstützung des Landes. Die SPD wird auch politisch alles dafür tun, dass das von uns initiierte Hochwasserschutzkonzept vollständig und in einem überschaubaren Zeitraum umgesetzt wird. Die interkommunale Zusammenarbeit mit der Kreisstadt beim gemeinsamen Hochwasserschutz mit einem 1, 2 Millionenzuschuss für das TWIN erkaufen zu wollen, erkaufen zu müssen, ist unter guten Nachbarn schlicht ein Unding.

Wir müssen also jetzt stark genug sein, um unsere geplanten Investitionen selber zu schultern. Mit einer, für Grafschafter Verhältnisse, überschaubaren Kreditaufnahme von 2,4 Mill. €, die geplant in den nächsten Jahren noch geringer werden soll. Ein ambitioniertes Unterfangen und möglicherweise ein Selbstbetrug, wenn man weiß, dass zwar 84 Investitionsmaßnahmen im Haushalt untergebracht sind, aber wir sicher über 100 weitere vor uns herschieben und immer wieder neue hinzukommen.

Seit Jahren wird in der Haushaltsplanung prognostiziert, dass der Gipfel der Investitionen erreicht und die Summen in den kommenden Jahren sinken würden. Ich sage voraus, dies wird nicht so kommen. Wie auch, angesichts der schon angedachten oder eingeleiteten Großmaßnahmen wie Umgehungsstraßen in Gelsdorf, Ringen oder Oeverich mit Kosten im zweistelligen Millionenbereich. Wie auch, bei den absehbaren Investitionen für eine 7. Kita, oder eine neue Grundschule. Hinzu kommt ein visionäres Schienenverkehrsprojekt, welches, wenn überhaupt umsetzbar, ebenfalls Investitionen in mindestens zwei-, wenn nicht dreifacher Millionenhöhe erfordert.

Es kann die paradoxe Situation entstehen, dass, wenn wir verantwortungsbewusst handeln, wir als reiche Gemeinde weniger investieren, weniger realisieren können als zuvor. Beim Hochwasserschutz werden wir, wie gesagt, keine Kompromisse machen. Ebenso wenig im Bildungsbereich. Wir haben versprochen, für unsere Kinder die besten Kita- und Schulbedingungen bereit zu stellen. Hier vorbildlich zu sein, war und ist ein Markenkern der SPD und auch der gesamten Grafschafter Politik. Jeder Euro ist hier gut angelegt. Hierzu stehen wir. Auch zum Beitritt in die Stromgesellschaft, der Gründung der Regionalwerke Grafschaft und auch, wenn die Zusammensetzung stimmt, einer Gemeindeentwicklungsgesellschaft. Richtige und wichtige Schritte. Weichenstellungen zur Sicherung des Wohlstandes, vor allem für die Generationen, die nach uns kommen.

Wenn uns das also klar ist, dass wir zukünftig noch weniger Hilfe von außen bekommen werden, müssen wir uns alle möglichst bald eine andere Betrachtungsweise des Machbaren, aber auch des Erforderlichen, zulegen.

Wir müssen ehrlich sein. Wir drehen doch weiter an vielen großen, vielleicht zu großen Rädern. 2017 lagen wir bei einem Haushaltsvolumen von 21 Millionen Euro. Heute, 3 Jahre später, sind wir bei 33 Millionen Euro. Eine Steigerung um ein Drittel in diesem kurzen Zeitraum. „Wir sind eigentlich auf einem zu hohen Niveau“, so Bürgermeister Juchem. Das „eigentlich“ können wir streichen. Wenn die Verwaltung für die kommenden Jahre nur 1 Million € Steigerung einplant und dies fast eine Verstetigung auf dem Niveau dieses Haushalt wäre, ist dies angesichts unserer laufenden und den neu hinzukommenden Projekten illusorisch. Auch die Personalkosten von über 10 Millionen Euro sind doch der Ausweis dafür, dass wir über die Jahre immer mehr und immer neue Aufgaben angehäuft haben. Auch wir waren daran beteiligt. Und auch wir wollen „Älter werden in der Grafschaft“ weiter unterstützen, den Klimaschutz vorantreiben, unsere Jugendarbeit ausbauen, die Digitalisierung vorantreiben, die Mobilitätswende forcieren, die Umwelt verstärkt schützen, die Artenvielfalt erhalten u.s.w..

Die Einnahmen noch stärker puschen, in dem wir immer weiter auf Wachstum setzen und zusätzliche Gewerbe- und Einzelhandelsgebiete ausweisen? Das ist keine Lösung. Damit kommen wir in einen Teufelskreis, der unsere Landschaft auffrisst, die Landwirtschaft über die Maße schädigt, die Lebensqualität unserer Bürger senkt und das Gesicht der Grafschaft unwiderruflich zerstört. Das werden wir nicht mitmachen.

Aber ich befürchte, dies ist immer noch der Vorschlag der CDU, wenn wir ihre, teils taktisch geprägte, Argumentation in Sachen Ansiedlung von REWE und Aldi am Innovationspark gehört haben. Manche konnten aus ihren Herzen dann doch keine Mördergrube machen. Gestern konnte zum Glück das Schlimmste verhindert werden.

Immer mehr, immer weiter, ohne Rücksicht auf die verbrannte Erde, die man in Ringen hinterlässt. Was darf es noch sein, eine Tankstelle? Kein Problem. Weitere gewerbliche Ansiedlungen bis zum Eingang Inno-Park? Werden kommen, wenn man die CDU ungestört machen lässt. Und irgendwann werden auch die Flächen in Richtung Eckendorf wieder ins Spiel gebracht werden, deren Ausweisung als Gewerbeflächen wir verhindert haben.

Wie soll man einer solchen Partei abnehmen, dass sie für eine moderate Weiterentwicklung der Gemeinde eintritt, so wie es die Bürgerinnen und Bürger wollen. Einer Partei, die den Zentralen Omnibusbahnhof, die Daseinsvorsorge der Gemeinde und infrastrukturelle Schwerpunkte, wie die soziale Fürsorge und „Älter werden in der Grafschaft“ fern ab von den Bürgerinnen und Bürgern in einem Gewerbegebiet positionieren will. Einer Partei, die die Gemeinde Grafschaft so urbanisieren und im schlechtesten Sinne amerikanisieren wird. Eine Partei, die scheinbar auf endloses und zügelloses Wachstum setzt. Einer Partei, die nach jedem Euro greift, den sie erwischen kann, ohne die gravierenden Folgen gründlich zu überdenken.

Manchmal ist weniger mehr. Wir haben eine rasante Entwicklung hingelegt. Es lohnt sich innezuhalten und nachzudenken. Verzicht auf ungehemmtes Wachstum, muss nicht automatisch Rückschritt bedeuten. Lassen wir uns die Ergebnisse des Gemeindeentwicklungskonzepts abwarten, ehe wir mit weitgehenden Entscheidungen zum jetzigen Zeitpunkt den Sinn des Konzepts mit seiner Bürgerbeteiligung ad absurdum führen und die Ergebnisse obsolet machen.

Die SPD vertritt eine konzeptionelle und verantwortungsbewusste Politik, die auf dem Boden der finanziellen Realität steht und sich den Herausforderungen und Risiken der Zukunft bewusst ist. Wir entwickeln Ideen, die mit unseren finanziellen und landschaftlichen Möglichkeiten und Ressourcen vereinbar sind. Ressourcen, die gut, aber nicht unendlich sind. Wir benötigen eine Konzentration auf die wichtigsten Themen und Bereiche. Sonst verzetteln wir uns.

Die Antworten der SPD orientieren sich daher an den tatsächlichen heutigen und zukünftigen Problemen und an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner. Rezepten von gestern helfen uns heute nicht weiter. Wir springen nicht über jedes Stöckchen, das man uns hinhält. Wir wollen heute die richtigen Schwerpunkte für morgen setzen.

Wir haben eine ganzheitliche Vorstellung von einer moderaten Zukunft der Grafschaft. Wir wollen nicht, dass wir konzeptionslos bedeutende Einzelentscheidungen treffen, ohne eine klare und von möglichst vielen getragene Idee davon zu haben, wohin wir eigentlich hin wollen.

Die SPD-Anträge folgen einem Leitbild. Sozial ausgerichtet, im Bewusstsein der Herausforderungen wie Klimawandel, fortschreitender Digitalisierung, notwendiger Mobilitätswende und guter Bildung.

Alles allein nur unter finanziellen Gesichtspunkten zu betrachten greift zu kurz. Denn wir wollen keine wirtschaftlich gesunde Gemeinde, in der keiner mehr wohnen will.

Wir wollen eine Gemeinde, in der sich die Bürger noch ein Baugrundstück, ein Eigenheim oder eine Wohnung leisten können. Daher werden wir auch in den sozialen Wohnungsbau einsteigen müssen. Eine Gemeinde, in der die Bürger nur so viel kommunale Steuern und Gebühren zahlen müssen, wie unbedingt notwendig ist. Wir wollen eine Gemeinde, in der Straßenausbaubeiträge nicht Existenzen bedrohen. Wir wollen eine weiterhin ländlich geprägte Gemeinde mit florierenden Vereins- und gesellschaftlichem Leben, die alles tut, um das Klima zu schützen, eine intakte Umwelt zu bewahren, der Landwirtschaft Luft zum Leben lässt und die ansässige Wirtschaft fördert. Dies bezwecken wir nicht nur mit unseren Anträgen zum jetzigen Haushalt, sondern werden auch zukünftig noch viele weitere Vorschläge auf den Tisch legen, um diese Entwicklung zu gewährleisten.

Dabei müssen wir alle mitnehmen. Basta-Rhetorik hilft uns dabei nicht weiter. Wir brauchen Transparenz und Bürgerbeteiligung.

Wenn wir nicht immer das Ohr am Puls der Bürgerinnen und Bürger haben, werden wir eines Morgens wach werden und uns eingestehen müssen, dass wir auf dem Weg in eine nur scheinbar glänzende Zukunft der Grafschaft die Zustimmung unserer Bürgerinnen und Bürger verloren und das Vertrauen in unsere repräsentative Demokratie zerstört haben. Die politischen und gesellschaftlichen Folgen könnten fatal werden.

Aber der vorliegende Haushalt und die mittelfristigen Aussichten bieten uns finanziell alle Möglichkeiten, mit klugen Beschlüssen die Grafschaft nachhaltig in eine prosperierende und lebenswerte Zukunft zu führen. Es liegt an uns, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Daher werden wir dem Haushalt zustimmen.